

Finanztopf für den Luftfahrtbereich

Mit knapp 65 Prozent wird die eidgenössische Vorlage überaus klar angenommen.

VON HANS WICKI

BERN/SCHAFFHAUSEN Mit jährlich gegen 44 Millionen Franken kann der neugeschaffene Topf «Spezialfinanzierung Luftverkehr» rechnen. Das Geld stammt aus den Erträgen der Kerosinbesteuerung, von denen bislang zwei Drittel in die Finanzierung der Strasse geflossen sind.

Volk und Stände haben nun am Sonntag der Verfassungsänderung, die für die Neuregelung dieser Spezialfinanzierung nötig wurde, zugestimmt. Dabei fand der Bundesbeschluss nicht nur eine deutliche Zustimmung von 64,97 Prozent, sondern die bundesrätliche Vorlage fand auch in allen Kantonen eine Mehrheit.

Schaffhausen unter dem Schnitt

Die prozentual höchste Zahl der Zustimmenden – 72,5 Prozent – gab es im Kanton Genf, der über einen international gewichtigen Flugplatz verfügt. Auf der anderen Seite der Liste liegt der Kanton Schwyz, der einen Ja-Anteil von 57,53 Prozent erreichte.

Der Kanton Schaffhausen liegt mit 62,86 Prozent Ja knapp unter dem Durchschnitt; ebenfalls darunter ist der Kanton Thurgau (62,67 Prozent), während der andere Nachbarkanton, Zürich, mit 69,15 Prozent den Schnitt deutlich übertroffen hat.

Dass die Stimmbeteiligung auf hohe 52,7 Prozent kam, dürfte den beiden anderen eidgenössischen Vorlagen – und hier vor allem der Anti-Minarett-Initiative – zuzuschreiben sein. Denn im Vorfeld der Abstimmung hatte das Vorhaben des Bundes wenig Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Etwas weniger Geld für Strasse

Denn es geht um eine insgesamt relativ geringe Summe. Die Erträge aus der Kerosinsteuer – und diese wird explizit nur auf Inland- und Privatflüge

erhoben – belaufen sich auf rund

60 Millionen Franken. Davon fliesst ein Drittel direkt in die Bundeskasse, die übrigen zwei Drittel waren bislang in den Strassenverkehrsfonds geleitet worden und verschwanden quasi unter den etwa 1,3 Milliarden Franken, auf die dessen Einkünfte sich bisher beliefen.

Die rund 44 Millionen stehen neu Aufgaben zu, die sich im Rahmen der Luftfahrt stellen. Und hier geht es vor allem um die technische Sicherheit, den Umweltschutz und den Schutz der Flugzeugpassagiere vor Terroranschlägen. Die genaue Verwendung des Geldes muss jedoch noch auf Gesetzesstufe geregelt werden.

In seiner Botschaft sieht der Bundesrat derzeit 22 Millionen für die Flugsicherung auf den Regionalflugplätzen vor. Profitieren sollen zudem die allgemeine Luftfahrt sowie Helikopterunternehmen. Weitere elf Millionen sind für Lärmschutzmassnahmen, etwa Schallschutzfenster, eingeplant.

Die restlichen elf Millionen sollen für Massnahmen gegen Terrorismus eingesetzt werden, unter anderem für Gepäck- und Passagierkontrollen. Der Bund ist zudem bereit, damit die Kosten für die Ausbildung und den Einsatz von Flugzeug-Begleitpolizisten zu finanzieren.

Wirtschaftsverbände sind erfreut

Die Zustimmung zur Spezialfinanzierung sei ein klares Bekenntnis des Volkes zum Schweizer Luftverkehr, sagte gestern Paul Kurrus, Präsident des Dachverbandes der Schweizer Luft- und Raumfahrt (Aerosuisse). Er sieht die Wettbewerbsfähigkeit der Branche gestärkt. Denn die Erträge aus den Mineralölsteuern von Inlandflügen liessen sich so zugunsten der Sicherheit und des Umweltschutzes einsetzen,



ohne die Steuerzahler und die öffentliche Hand zu belasten. Volk und Stände hätten damit dem Verursacherprinzip zum Durchbruch verholfen.

Auch die Economiesuisse, der Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft, ist überzeugt, dass der Entscheid der exportorientierten Schweiz zugutekomme, die auf ein wettbewerbsfähiges Luftverkehrsnetz angewiesen sei.